

Grußwort von Susanna Dedring und Benjamin Christodoulou anlässlich der Eröffnungsfeier des neuen Zentralgebäudes am 11.03.2017

Sehr geehrter Ministerpräsident Weil,
sehr geehrte Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic,
sehr geehrter Herr Libeskind
sehr geehrter Oberbürgermeister Mädge
sehr geehrter Präsident Spoun,

liebe Gäste,

liebe Mitglieder der Universität – neben den Professor*innen:
sehr geehrte ausgewählte Vertretungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung,

liebe Kommiliton*innen, die ihr aufgrund eurer repräsentativen Funktionen neben uns heute hier sein dürft:

Levke Albertsen,
Felix Alfter,
Johann Basko,
Johanna Burghardt
Lisa Habigt,
Ricarda Hille,
Tino Hübner,
Kevin Kunze,
Verena Pintatis,
Mara Preuten,
Laura Schild,
Tjark Thönßen
und Valentin Wagner.

Dieses neue Gebäude, das nun trotz aller Widerstände und anderslautenden Annahmen im Laufe des Jahres in Betrieb genommen wird, soll ein neues Zentrum für Studierende, Lehrende und Forschende bilden. Es soll eine Anpassung des Umfelds an die Tätigkeiten bieten. Die Arbeit und das Studium also besser machen.

Doch ist dies wahrscheinlich? Ist dies wahrscheinlich, wenn die zukünftigen Nutzer*innen gar nicht oder nur marginal an der Planung beteiligt wurden? Wir sagen nein und möchten das kurz am Beispiel des Umgangs mit der Studierendenschaft im Jahr 2007 belegen.

Als der Plan, inklusive der zukünftigen Nutzungsabsichten, beim Ministerium eingereicht wurde, gab es in der Studierendenschaft eine längere Diskussion darüber, welche Räume gebraucht würden und ob es sinnvoll sei, Bedarf für das Zentralgebäude anzumelden.

Letztlich überwog aber bereits damals die Kritik am Planungsprozess, so dass AStA und Student*innenparlament beschlossen, nicht ins Zentralgebäude umzuziehen. Trotzdem wurden im Antrag Räume für die Studierendenschaft vorgesehen, die wir nun erneut zu Gunsten unserer bisherigen Flächen im räumlichen Zentrum des Campus ablehnen.

Das ist nur ein Beispiel für undemokratisches Handeln im Zuge der Planung, andere Hochschulmitglieder könnten weitere Erfahrungen schildern. Hätte überhaupt Einfluss auf diese Entscheidungen genommen werden können?

Unsere Gremienvertreter*innen – und von diesen sind heute auch einige anwesend - wurden nicht nur gewählt, um alle sechs bis acht Jahre ein Präsidium mit besonderen Kompetenzen zu wählen, sondern auch, um dessen Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und dann auch Konsequenzen zu ziehen.

Wenn diese aber nur Angst haben, ihre befristete Stelle in einigen Jahren zu verlieren, weniger Zulagen oder Forschungsmittel zu erhalten, oder kein Büro in ihrem Lieblingsgebäude zu bekommen und sich deshalb von Beschwichtigungen blenden lassen, befindet sich unsere **Hochschuldemokratie in einer Schieflage**.

Ein Ungleichgewicht, welches zu Beheben zweierlei erfordert: Den Verzicht auf Alleingänge ohne Gremien einerseits und das Verstärken der eigenen Stimme andererseits.

Somit würde ein Rückzug in die eigene Forschung das eigene Potenzial begraben. Stärken Sie also Ihre Stimme und nutzen Sie die gleichen Maßstäbe, die Sie für eine kritische Wissenschaft ansetzen, um die internen Prozesse an Ihrem Arbeits- und Studienort zu reflektieren.

Doch welche Möglichkeiten sind eigentlich für das kritische Hinterfragen vorhanden? Viele Studierende haben durch Bologna-Studiengänge nicht mehr die Zeit und die Perspektive, sich für die Selbstverwaltung einzusetzen und das schmale Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen.

Die Wissenschaftler*innen können sich nicht nur auf ihre Arbeit und die Hochschule selbst konzentrieren, sondern müssen sich dafür einsetzen, dass diese auch weiterhin finanziert werden kann.

Hochschulen und ihre Mitglieder stehen dabei in einem ständigen Wettkampf um Drittmittel, Studierende, renommierte Professor*innen und gute Platzierungen in Rankings. Das widerspricht ihrem eigentlichen Ziel: Der Produktion und Verbreitung von gesellschaftlich relevantem Wissen.

Die Rahmenbedingungen für diese wissenschaftsfeindliche Konkurrenz werden in unseren Parlamenten festgelegt, auf der Ebene der Landes- und Bundespolitik. Sie als hier anwesende Politiker*innen könnten also etwas gegen dieses geistlose Treiben tun. Sie könnten sich dafür stark machen, die Grundfinanzierung von Universitäten zu erhöhen statt Geld für Elite-Kampagnen oder Prestigebauten zur Verfügung zu stellen.

Die herrschenden Bedingungen werden sich allerdings auch nicht ändern, solange die Wissenschaftler*innen das Konkurrenz-Prinzip unterstützen. Solange Sie widerspruchslos mitlaufen in diesem System; sich treiben lassen, von einem Antrag zum nächsten, über etliche befristete Stellen bis zur Professur oder, deutlich häufiger, ins Jobcenter.

Das Zentralgebäude verkörpert einen antifaschistischen Akt durch den Bruch mit Optik und Aufbau des Kasernengeländes – und das ist gut so. Zugleich symbolisiert es jedoch die Anpassung an die Scheinzwänge des neoliberalen Hochschulwesens. Hier wäre ein weiterer, mehr Mut erfordernder, Bruch angebracht gewesen: Ein Bruch mit dem Prinzip des Wettbewerbs in der Wissenschaft. Weder Standortdenken noch Konkurrenz um Finanzmittel helfen einer freien Forschung und Lehre. Sie lenken uns in normierte Bahnen, aus denen ein Ausbruch kaum möglich scheint. Und sie sind eine der Ursachen dafür, dass sich unsere kleine Universität mit einem fälschlicherweise für notwendig gehaltenen Prestigebau völlig überfordert hat.

Da wir hoffentlich nicht die einzigen Anwesenden sind, die einigem kritisch gegenüberstehen, stellt sich die Frage, welche Lehren und Konsequenzen wir ziehen sollten. Lassen Sie uns mutig sein. Mutig sein, unsere Meinung zu sagen, zu Dingen, die uns betreffen. Mutig, Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse herauszufordern. Mutig, den vermeintlichen gesellschaftlichen Konsens und gewachsene bürokratische Prozesse zu hinterfragen.

So können wir als Hochschule und Politiker*innen ernsthaft die gesellschaftliche Vorbildfunktion ausfüllen, die wir haben, um den wichtigsten Aufbau voranzutreiben – den einer kritischen Bildung und Wissenschaft.